



**Nr. 31 25. August 2016**

## **Inhalt**

[dbb Bürgerbefragung 2016: Deutsche wollen „starken Staat“ und einheitliche Beamtenbesoldung](#) +++

[Rendite staatlicher Pensionsfonds sinkt](#)

[dbb Chef Dauderstädt: Vermögen flexibel und konservativ anlegen](#) +++

[Europäische Sozialpolitik: dbb setzt auf Konsens zwischen EU und Mitgliedsstaaten](#) +++

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

[DSTG gegen Steuersenkungs-Pläne –](#)

[Eigenthaler: „Wahlgeschenke im Vorfeld der Bundestagswahl“](#) +++

[Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag: BW erwartet Gespräche vor Entscheidungen](#) +++

[tbb begrüßt Ankündigung zur Lehrerverbeamtung -](#)

[Liebermann: „Thüringen ist keine Insel“](#) +++

[DPolG Bundespolizeigewerkschaft warnt vor Blauäugigkeit in der Inneren Sicherheit -](#)

[Walter: „Wir brauchen sofort Polizeiliche Einsatzassistenten!“](#) +++

[VBE-Chef Beckmann: Staatlichen Finanzüberschuss für mehr Bildungsinvestitionen nutzen](#) +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## dbb Bürgerbefragung 2016: Deutsche wollen „starken Staat“ und einheitliche Beamtenbesoldung

**(dbb) Die Bürger in Deutschland wollen einen „starken Staat“ (72 Prozent) und sind zu fast zwei Dritteln davon überzeugt, dass die Ausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen sind (in 2007 zu 37 Prozent, 2016 zu 64 Prozent). Das sind zwei der wesentlichen Ergebnisse der am 23. August 2016 in Berlin vorgestellten zehnten „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“.**

Die Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des dbb durchgeführt. Im Ranking der beliebtesten Berufe liegen mit Feuerwehrleuten (93 Prozent), Ärzten und Pflegern (87 Prozent) oder Polizisten beziehungsweise Erziehern (82 Prozent) auch 2016 die öffentlich Bediensteten ganz vorn. Die größten Gewinner im Beruferanking der Deutschen (seit 2007) arbeiten bei der Müllabfuhr (+10 Prozent) oder als Briefträger (+8 Prozent), Lehrer und „Beamte“ (+7 Prozent)

In der diesjährigen dbb Umfrage wurden die Deutschen zudem über ihre Kenntnisse und Einstellungen zu Aspekten des Föderalismus gefragt. Obwohl 61 Prozent der Bundesbürger finden, dass sich die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bewährt hat, können die meisten Befragten außer dem Thema „Bildung“ kaum weitere Länderkompetenzen benennen. Gleichzeitig fordert die Mehrheit eine einheitliche Bundeskompetenz bei Themen wie Strafvollzug, Steuer- und Finanzpolitik, Beamtenbesoldung

Schule und Polizei. „Das ist ein interessanter Widerspruch“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt das Ergebnis: „Abstrakt sind die Menschen für weitgehende Kompetenzaufteilung, konkret wollen sie aber gleichzeitig Bundesvorgaben für landesweit einheitliche Standards und Regelungen.“ Generell, so der dbb Chef, habe auch die zehnte Auflage der dbb Bürgerbefragung die positive Imageentwicklung von öffentlichem Dienst und Beamtenschaft bestätigt. Dauderstädt: „Vor allem beim Beamtenimage gibt es eine nachhaltige Verbesserung. Positive Attribute, wie 'verantwortungsbewusst' oder 'zuverlässig' werden den Beamten von Jahr zu Jahr öfter zugeschrieben. Negative Eigenschaften, wie 'arrogant', 'ungerecht' und 'überflüssig' werden immer weniger genannt. Das ist ein sehr ermutigendes Zeichen!“ Die vollständige dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2016 im Internet: [www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa\\_2016.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa_2016.pdf) (01/31/16)

## Rendite staatlicher Pensionsfonds sinkt dbb Chef Dauderstädt: Vermögen flexibel und konservativ anlegen

**(dbb) Die von den Pensionsfonds der Bundesländer erwirtschafteten Renditen am Kapitalmarkt gehen deutlich zurück. Teilweise, so berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ am 18. August 2016, hätten sich 2015 die Erträge der Fonds halbiert. Die Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) bringe den Staat in eine paradoxe Lage: Einerseits profitieren der Bund und die Länder als Emittenten von Staatsanleihen von den niedrigen Zinsen. Andererseits bekommen sie aber wie normale Investoren kaum noch Renditen für ihre eigenen Geldanlagen.**

Nach einer Umfrage der „Süddeutschen Zeitung“ unter den Bundesländern waren 2014 die Renditen der Versorgungsfonds aus Zinserträgen und anderen Einkünften wie Dividenden teilweise noch sehr gut. So habe das Plus in Sachsen-Anhalt damals noch 8,26 Prozent betragen, in Baden-Württemberg 7,55 Prozent. Ein Jahr später ging es dann steil bergab: In Baden-Württemberg auf 3,65 Prozent, in Sachsen-Anhalt auf nur noch 1,98 Prozent und in Nordrhein-Westfalen sogar auf lediglich 1,48

Prozent. Für 2016 setze sich diese Entwicklung fort. Sachsen-Anhalt zum Beispiel habe im ersten Halbjahr dieses Jahres gerade einmal 0,16 Prozent Ertrag verzeichnet. Um die Fondsrenditen zu erhöhen, schichten einige Länder ihre Anlagen verstärkt in Aktien um. Der Umfrage zufolge strebt etwa Baden-Württemberg an, den Aktienanteil von heute 40 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen. Klaus Dauderstädt, der dbb Bundesvorsitzende, zeigte dafür prinzipiell Verständnis. „Die Anla-

gestrategie muss sich der Entwicklung am Kapitalmarkt anpassen", sagte er der Nachrichtenagentur „Reuters“. Er mahnte aber, einerseits müsse eine verlässliche Rendite erwirtschaftet werden: „Andererseits muss das Vermögen so konservativ angelegt sein, dass sein Zweck nicht gefährdet wird.“ Langfristig, so der dbb Chef, seien die Versorgungsfonds aber

der richtige Weg, um auch Kapitalerträge zu nutzen: „Insofern fordern wir auch Niedersachsen, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Bremen auf, entsprechende Vorsorge zu betreiben.“ Diese fünf Länder haben bisher keine Versorgungsfonds.  
(02/31/16)

## **Europäische Sozialpolitik: dbb setzt auf Konsens zwischen EU und Mitgliedsstaaten**

**Noch bis zum Ende des Jahres fragt die Europäische Kommission in einer öffentlichen Konsultation, wie sich Europas Bürger eine mögliche Europäische Säule Sozialer Rechte vorstellen. Auch der dbb und sein europäisches Dach, die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) werden sich an der Konsultation beteiligen.**

„Kaum ein Thema birgt so viel Sprengstoff wie ein großes soziales Gefälle. Die Initiative der EU-Kommission kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und Lösungen aufzeigen“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses der CESI, Siglinde Hasse, am 24. August 2016. „Sozialpolitik ist und bleibt grundsätzlich Sache der Mitgliedsstaaten, aber in Zeiten großer Mobilität der EU-Bürger muss es auch einen sozialpolitischen Konsens in Europa geben.“  
Die langanhaltende wirtschaftliche Krise in einigen Mitgliedstaaten seit 2008 habe

verdeutlicht, dass Europa zumindest wirtschaftlich noch geteilt sei. „Mobilität ist ein hohes Gut und muss geschützt werden. Aber die Auswanderung von EU-Bürgern aus wirtschaftlich schwachen in wirtschaftlich starke Staaten kann auf Dauer nicht die einzige Lösung sein“, erläuterte Hasse. „Die Europäische Union kann hier als wichtiger Impulsgeber für nationale Reformen im Sinne eines europäischen Arbeitsmarktes wirken. Sie kann klare Perspektiven für eine Anpassung der Standards, orientiert am höchsten Schutzniveau, aufzeigen.“  
(03/31/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DSTG gegen Steuersenkungs-Pläne – Eigenthaler: „Wahlgeschenke im Vorfeld der Bundestagswahl“**

**Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hat sich gegen Vorstöße gewandt, infolge des milliardenschweren Haushaltsüberschusses Steuersenkungen vorzunehmen. „Solche Forderungen sind reine Wahlgeschenke im Vorfeld der Bundestagswahl 2017“, sagte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 24. August 2016 im Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung.**

Man müsse die guten Zahlen für Reformen nutzen wie etwa eine grundlegende Steuerreform und die Reform des Länderfinanzausgleichs, so Eigenthaler weiter. „Für eine völlige Abschaffung des Solidaritätszuschlages gibt es kurzfristig keinen Spielraum.“ Zudem müsse der Staat dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur und den digitalen Netzausbau vorantreiben. „Auch ist noch völlig unklar, was die Integration der Flüchtlinge an Kosten auslösen wird“, warnte der Gewerkschafts-Vorsitzende.

Damit stellt sich die DSTG gegen Forderungen des Bundes der Steuerzahler Deutschlands, der Steuersenkungen und die Abschaffung des Solidaritätszuschlages gefordert hatte. Auch FDP-Chef Christian Lindner hatte von der Bundesregierung Steuerentlastungen für die Bürger verlangt.  
Eigenthaler warnte vor allzu großer Euphorie. „Die günstige Haushaltslage im Bund und in einigen Bundesländern darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass andere Bundesländer nach wie vor große Defizite haben.“ So habe NRW

keinen ausgeglichenen Haushalt, und die Länder Bremen, Schleswig-Holstein und das Saarland seien sogar „Haushaltsnotlageländer“.

(04/31/16)

## Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag: BBW erwartet Gespräche vor Entscheidungen

**(dbb) Mit Gelassenheit hat der BBW – Beamtenbund Tarifunion auf das Bekanntwerden einer zweiten Liste mit Nebenabsprachen zum grün-schwarzen Koalitionsvertrag der Landesregierung reagiert, obwohl auch diese Liste Sparmaßnahmen zulasten des öffentlichen Dienstes, darunter Stellenstreichungen im vierstelligen Bereich, enthält. „Wir gehen davon aus, dass sich sowohl der Ministerpräsident als auch die Finanzministerin und der Innenminister an ihre Zusagen halten, wonach keine Entscheidungen fallen, bevor man mit uns geredet hat“, erklärte BBW-Chef Volker Stich am 22. August 2016 in Stuttgart.**

Der BBW gibt sich überzeugt, dass inhaltlich noch nicht festgelegt ist, welche in den Nebenabsprachen fixierten Sparmaßnahmen in die Tat umgesetzt werden sollen. Schließlich sei, als der Koalitionsvertrag ausgehandelt und die Nebenabsprachen beschlossen wurden, noch kein genauer Einblick in die tatsächliche Finanzlage des Landes möglich gewesen, erinnerte BBW-Chef Stich. Inzwischen stehe fest, dass das Land 380 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern einnehme, die jetzt eingepreist werden könnten: Vor diesem Hintergrund wäre die grün-schwarze Regierung schlecht beraten, wenn sie Stellen beim „Fußvolk“ des Personals spare, nachdem sie beim Spitzenpersonal bereits zugelegt habe.

Mit Blick auf mögliche Sparmaßnahmen bei der Besoldungsanpassung warnte Stich, der BBW habe nicht vergessen, dass es in der vergangenen Legislatur die SPD gewesen ist, die die Beamtinnen und Beamten vor einer Deckelung der Besoldungsanpassung oder gar einer

Nullrunde bewahrt habe. Sollte jetzt Grün-Schwarz diese Sparinstrumente auspacken, werde sich der BBW dagegen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Das Bekanntwerden der zweiten Nebenabsprachen-Liste hat der grün-schwarzen Landesregierung heftige Kritik beschert. Auch der BBW, der sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Inhalt des Papiers nicht äußern will, spart nicht mit Kritik am Verfahren. Stich spricht von einer Missachtung des Parlaments und dies nicht nur durch die CDU, sondern auch den grünen Koalitionspartner, der sich bislang immer Transparenz auf die Fahnen geschrieben habe. Für den BBW-Vorsitzenden steht fest, dass die Angelegenheit parlamentarisch aufgearbeitet werden muss, und er hofft, dass die Mitglieder der Regierungsfractionen Richtungsentscheidungen über ihre Köpfe hinweg nicht stillschweigend hinnehmen werden.

(05/31/16)

## tbb begrüßt Ankündigung zur Lehrerverbeamtung – Liebermann: „Thüringen ist keine Insel“

**(dbb) „Es ist zu begrüßen, dass sich nunmehr auch die Thüringer Finanzministerin Heike Taubert für die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen ausgesprochen hat. Thüringen ist nun mal keine Insel und hat im bundesweiten Länderwettbewerb das Nachsehen, solange es diesbezüglich andere Wege geht als es bundesdeutscher Standard ist“, kommentierte der der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Helmut Liebermann am 18. August 2016 die entsprechende Presseverlautbarung der Ministerin.**

der tbb forderte zudem Bildungsministerin Birgit Klaubert auf, das Verbeamtungsangebot umgehend zu unterbreiten. Darüber hinaus solle das Bildungsministerium jetzt beginnen, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, „dass Einstellungen zum 1. Februar 2017 in der Re-

gel im Beamtenverhältnis vorgenommen werden, so wie in unseren Nachbarländern Sachsen-Anhalt, Bayern, Hessen und Niedersachsen auch“.

Mit Blick auf das von der Finanzministerin vorgestellte Nachhaltigkeitsmodell forderte tbb-

Chef Liebermann, dass die durch Verbeamtung entstandene Haushaltsentlastung sowie die Höhe der Tilgungen einschließlich nicht mehr zu zahlender Schuldzinsen jährlich der Öffentlichkeit vorgestellt und als fiktiver Vorsorgefonds gebucht werden muss. Gleichzeitig sei

sicherzustellen, dass bei Veränderung der Zinslage die bisher indirekt angesparten Gelder dann direkt in einen Vorsorgefonds eingezahlt werden und für die Pensionsverpflichtungen zur Verfügung stehen.  
(06/31/16)

## **DPOIG Bundespolizeigewerkschaft warnt vor Blauäugigkeit in der Inneren Sicherheit – Walter: „Wir brauchen sofort Polizeiliche Einsatzassistenten!“**

**(dbb) Angesichts der beherrschenden politischen Diskussion um ein Burka-Verbot und die doppelte Staatsbürgerschaft hat die DPOIG Bundespolizeigewerkschaft am 19. August 2016 erneut davor gewarnt, dass die Polizeiarbeit als wesentlicher Aspekt der Inneren Sicherheit in den Hintergrund gerät. „Vielen scheint immer noch nicht klar geworden zu sein, dass Polizisten nicht auf Bäumen wachsen und dass man die aktuellen Probleme kurzfristig nicht allein mit zusätzlichen Polizistenstellen lösen kann“, stellte der Vorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst Walter klar.**

„Die Blauäugigkeit mancher Politiker, die meinen, mit ein paar ad hoc-Maßnahmen alle Probleme lösen zu können, ist gefährlich. Die traurige Wahrheit ist: In den nächsten drei Jahren wird nicht ein Polizist mehr auf unseren Straßen, an Bahnhöfen oder Grenzen zu sehen sein“, so Walter weiter. Nur die sofortige zusätzliche Einstellung von tariflich beschäftigten Polizeilichen Einsatzassistenten und deren Einsatz nach einer drei- bis sechsmonatigen Ausbildung bei attraktiver Bezahlung könne kurzfristig Entlastung bringen: „Leider wird das aber immer noch nicht durch alle Innenminister ernsthaft verfolgt.“

Die DPOIG Bundespolizeigewerkschaft ist überzeugt, dass durch die Polizeilichen Einsatzassistenten viele Bundespolizisten von

Aufgaben im administrativen Bereich, wie bei der Eingabe von Anzeigen und Berichten im Ermittlungsdienst, bei statistischen Erhebungen und Stundenerfassungen oder sonstigen Aufgaben in Leitstellen und Führungsstäben für den echten Polizeidienst freigesetzt und auch bei operativen Routineaufgaben wie Durchsuchungen, ED-Behandlungen und Personentransporten entlastet werden könnten. Walter: „Nur so wird es auch möglich sein, die bislang wegen Personalmangels geschlossenen Polizeireviere wieder zu besetzen, für die Bürger vor Ort wieder ansprechbar zu sein und dem Rückzug der Bundespolizei aus der Fläche und der Grenzregion endlich Einhalt zu gebieten.“

(07/31/16)

## **VBE-Chef Beckmann: Staatlichen Finanzüberschuss für mehr Bildungsinvestitionen nutzen**

**(dbb) „Der erwirtschaftete Überschuss muss dafür genutzt werden, die Bildungssituation zu verbessern und Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu erreichen. Das Kooperationsverbot muss endlich fallen, damit der Bund in die wichtigste Ressource dieses Landes investieren kann: Bildung“, kommentierte Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des Verband Bildung und Erziehung (VBE) am 24. August 2016 die am selben Tag vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Finanzüberschuss des Bundes von 18,5 Milliarden Euro.**

„Höchste Priorität muss die Versorgung des Bildungssystems zur Bewältigung der offenen Fragen Digitalisierung, Inklusion und Integration von Flüchtlingen haben. Das können die Länder nicht allein schaffen, hier muss der Bund entlasten. Strukturen, die eine direkte Finanzierung von Bildung verhindern, gehören abgeschafft. Das betrifft vor allem das Kooperationsverbot“, so Beckmann weiter. Durch eine unterstützende Finanzierung des Bundes

könnten auch die noch immer bestehenden Abhängigkeiten der Bildungschancen vom Wohnort zumindest abgeschwächt werden. Die Zahlen der OECD zeigen auf, dass Deutschland bei den Bildungsausgaben pro Schüler/Studierendem immer noch hinterherhinkt. Der VBE-Bundesvorsitzende dazu: „Obwohl Deutschland so finanzkräftig ist, belegen wir nur einen Mittelfeldplatz, knapp unter dem OECD-Durchschnitt. Das war schon früher ein

---

Skandal. Aber aufgrund der steigenden Herausforderungen und der besonderen Belastungen durch die genannten Fragen darf sich der

Bund angesichts der Milliarden Gewinne nicht länger aus der Verantwortung stehlen."  
(08/31/16)